

Saale-Beitung.

Sechshundvierzigter Jahrgang.

Werden die gehaltenen Kolonial...

Arbeitet täglich Montag, Sonntag und Feiertag, einmal.

Redaktion und Druck-Betriebsstelle: Halle, Gr. Brauhausstr. 17; Nebenspeditionsstelle: Markt 24.

Mr. 57.

Halle a. S., Sonnabend, den 3. Februar.

1912.

Auf dem Wege zur Arbeitsmehrheit.

(Von unserm Berliner #. Mitarbeiter.)

Der Herr Reichstanzler hat führende Parlamentarier aller bürgerlichen Parteien für die ersten Tage der nächsten Woche zu Besprechungen über die kommenden Rüstungs...

Während die Einzelheiten und die Höhe der Heeres- und der Marineverträge bereits feststehen, ist über die Wahl der neuen Steuerobjekte noch kein endgültiger Entschluß gefaßt worden. Mit unser Rüstung zu...

Dem Inlande wird die dann u. a. sehr erheblich gesteigerte Friedenspräsenzstärke den sicheren Beweis liefern, wie ernst es der Regierung mit der Kriegsbereitschaft ist. Das Ausland dagegen sollte aus der sehr hohen und erfreulich weitgehenden Verstärkung unserer Friedensstärke zum mindesten eine ernste und heilsame Lehre dahingehend ziehen können, daß Deutschland in naher Zukunft eine noch viel höhere Gewähr für die Erfüllung seiner Aufgabe als Wahrer des europäischen Friedens bietet.

Politik an Kaisers Geburtstag.

In der vorgestrigen Sitzung des Preussischen Landtages wies der fortschrittliche Abgeordnete Gehling in seinen Ausführungen, die hauptsächlich eine Abrechnung mit der Rechten darstellten, darauf hin, daß die verheerende und verlegende Politik der konservativen Parteien jetzt schon so weit gehe, daß selbst Kaisers Geburtstag gewissen staatsverhättnissen Geistes als willkommene Gelegenheit dienen müsse, um eine Scheidegrenze zu ziehen zwischen den Konservativen, als den alleinigen „Patrioten“, und den Liberalen. So sei es in Rathenow und in Tapiau geschehen. —

In Halle haben wir am 27. Januar d. J. ja ähnliches erlebt.

Daß bei dem Kaisergeburtstags-Kommers hier Politik getrieben wurde, wird sowohl von den konservativen Parteisekretär Plehwe, dessen Metier doch sonst die Politik ist, wie von dem konservativen Parteiführer Prof. Suchsland, der jeden Tag für verloren hält, an dem er nicht für seine politischen Anschauungen Propaganda machen kann, bestritten. Herr Plehwe hat sich sogar von einem hiesigen Kriegerverein beiseite lassen, daß er „nicht politisiert“, sondern nur eindrucksvolle Mahnworte an die „alten Soldaten“ richtete, gegenüber dem in der Nähe und äußeren Feind auf der Hut zu sein. — Herr Plehwe hätte das unzeres Erachtens gar nicht nötig gehabt, denn die alten „Soldaten“ brauchen weiß Gott keinen konservativen Landwehrmann, der sie mahnt, vor dem „inneren Feind“ auf der Hut zu sein. — Schließlich sind doch Kaiserfeste keine Institutionen.

Im übrigen kommt es gar nicht auf den genauen Wortlaut einer Rede, sondern auf den Ton an, der die Musik macht und darauf, welchen Eindruck der Zuhörer von solchen Ansprüchen erhält. Gerade zwei lo prononcierte

Persönlichkeiten wie die Herren Plehwe und Suchsland, die in jedem Wahlkampf in der ersten Reihe stehen, hätten sich zweimal überlegen müssen, was sie in einer von Vertretern aller bürgerlichen Parteien besuchten Festversammlung an oratorischem Feuerwerk abbrennen wollten.

Um sich ganz zu entlasten und weil man wahrscheinlich befürchtet — mit Recht befürchtet — die parteipolitischen Kaisergeburtstagsreden würden noch weitere Kreise ziehen — drückt Herr Prof. Suchsland jetzt in seinem Organ seine Rede im Wortlaut ab. Wahrscheinlich ist das die Rede, die Herr Suchsland ursprünglich halten wollte, deren enge Kreise er jedoch, getrieben durch sein lebhaftes Temperament, und wahrscheinlich auch noch nicht ganz befreit von den Schläden des eben erst beendeten Wahlkampfes — bald verließ.

Wir würden kein Wort verloren haben, wenn Herr Suchsland am 27. v. Mis. nur das gesagt hätte, was er heute gesagt haben möchte; man hätte bei Herrn Suchsland dann ein Auge zugebracht und dem Philosophen Segel recht gegeben, der einmal behauptete, daß die „Stimme die Hauptweise sei, wie der Mensch sein Inneres fund tue. — Man hätte sich mit einer Dosis Hochachtung vor dem unverwundlichen Optimismus, mit dem dieser nimmermüde Mann immer wieder sein bürres Stedenpferd in die politische Arena treibt, mit der Suchslandschen Rede abgefunden. — Nur, weil die schlichte modierte Festrrede plötzlich in rein parteipolitischen Redewandlungen wie „Auf Teufel“ und im Zusammenhang mit diesen Kraftausdrücken an Ausfällen gegen die linksstehenden Parteien nicht fehlte — Ausfälle, die das Gefühl lebhafter Enttäuschung bei vielen der Anwesenden hervorriefen — nur deshalb haben wir uns schon vor einigen Tagen gefastet, auf das Gefühlliche dieses Tuns hinzuweisen. —

Nun einige Worte zu der Festrrede, die Herr Suchsland ursprünglich halten wollte. Auch in dem gewiß sorgsam durchgesehenen und geliebten Bericht fehlt es nicht an Spitzgen gegen die Angehörigen anderer Parteien. Was soll z. B. der Satz:

„Sie wissen, daß vor einigen Jahren, als das trübe Erinnerungsjahr 1906 heraufzog, die Agitatoren der linksstehenden Parteien sich außerordentlich freuten. Für sie kam ihrer Meinung nach eine gute Zeit. Wieso? Was hatten sie für Ursache zur Freude? Ich habe oft ihre Gedankengänge gehört, jeder hat sie gelesen. — Bei Jena haben die Junker das preussische Volk verraten, dort haben die Vertreter ihrer Sünden büßen müssen“ usw. usw. Am Schluß aber kam stets die Naganennung: „Wäre ich kein Reichstagsmitglied!“ Das sind ihre Nachkommen, das sind die Träger ihrer Grundhüge!

Ist dieses in eine Wählerversammlung passende Wärdiger zugunsten der von der Majorität des deutschen Volkes angelegten Namen — etwa eine unpolitische Rede — wendung? Was will Herr Suchsland damit sagen? Will er den Liberalen etwa imputieren, sie befaßten sich für den unglücklichen Tag von Jena einig und allein das preussische Junkertum, das sich tadellos schlug? Es wird niemandem einfallen, für eine verlorene Schlacht, die wie Herr Suchsland ganz richtig sagt, ein „nationales Unglück“ ist, ein paar Duzend Träger altabgeleiteter Namen zu befaßten, die die Bataille kommandierten. Daß aber an dem Zusammenbruch Preußens bei Jena und Querfurt das System der reaktionären Kastei, in deren Händen ausschließlich bis zu jener Zeit die Verwaltung der auf Lorbeeren Friedruchs des Großen eingeschlafenen preussischen Staatsmaschine lag — das Hauptanteil hatte, will das bei Kaisergeburtstags-Schriftsteller in den Thaliafäden etwa bestreiten? Herr Suchsland fragt dann in der von ihm gehaltenen begm. abgedruckten Rede weiter:

„Oder waren es nicht dieselben Männer, welche bei Jena besieg, bereits nach sieben Jahren den Korfen bei Leipzig aufs Haupt schlugen?“

Mit Verlaub: Ja und — nein! Denn die Preußen, die sich 1813 bei Leipzig schlugen, gehörten dem von dem freiheitlich gerichteten Minister vom Stein reformierten und von den Schläden reaktionärer Verwaltung bis zu einem gewissen Grade befreiten Preußen an, dessen König sechs Jahre vor der Schlacht bei Leipzig auf Steins energisches Drängen und (gegen den Widerstand des Adels) die Erbuntertänigkeit und den Frondienst der Bauern aufgehoben hatte!

Es ist doch nicht ganz daselbe, ob man für ein Land kämpft, dessen Söhne politisch rechtlos, dessen Angehörige bürgerlicher Herkunft von der Betätigung in zahlreichen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen sind, oder ob man für ein Vaterland sein Leben in die Schanze schlägt, das alle n Klassen eines nicht benommenen Volkes Gelegenheit zur Betätigung in jedem Zweige des Staatslebens gibt, das neben den Pflichten dem Bürger auch Rechte verleiht. Wenn Herr Suchsland also historisch-politische Seitenprünge in seinen Festreden macht, dann dürfen die alten Kameraden in Zukunft wohl erbitten: etwas mehr geschichtliche Richtigkeit, und für die konservativen Politiker mit ihrem häufigen Anhang in Halle — etwas mehr Beweiseinheit!

Damit klappen wir das Buch „Politik an Kaisers Geburtstag“ zu. Es wird aber an anderer Stelle und von anderer Seite wieder aufgeschlagen werden; wir wollen dann sehen, ob die leitenden Kreise der militärischen Vereine gewillt sind, sich fürberhin auf den neutralen und nationalen Boden zu stellen, auf dem auch Anhänger der liberalen Parteien Platz haben.

Der Herr Rechtsanwalt Steward.

Ein gründlicher Kenner der englischen Rechts- und Gerichtsvorfälle schreibt uns:

An dem Leipziger Reichsgerichtspräsidenten gegen den englischen Spion Bertrand Steward fällt es allgemein auf, daß der Vorsitzende des Gerichts ganz besondere Mühe und Sorgfalt darauf verwendet, die soziale Stellung des Angeklagten, seine gesellschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen aufzuklären, während der Angeklagte selbst eifrig bemüht ist, diese Schleiher so wenig wie möglich zu klären, außerstenfalls, wie er sich ausdrückt, solche Informationen dem Herrn Präsidenten auf Wunsch — heimlich aufzuschreiben. Tatsächlich ist das soziale Bild der Persönlichkeit des Angeklagten von der größten Bedeutung für die Feststellung des sogenannten Begriffs „Gentlemanlike“ und damit der ganz besonderen Gefährlichkeit seines nicht bezweifeln, sondern durch Sportlust und politischen Ehrgeiz aufs höchste angelegten Treibens.

Der Angeklagte Bertrand Steward wird von Anklageschrift, Eröffnungsbeschluss und Verhandlungsleiter händig als „Rechtsanwalt“ bezeichnet. Ist Steward nun Barrister oder Solicitor? Bekanntlich haben wir in England die Zerteilung der Anwaltschaft. Der niederen Anwälten, den Solicitors obliegt der unmittelbare Verkehr mit den Prozessparteien. Die höheren Rechtsanwälte, die Barristers dürfen nie in irgend einen Verkehr mit den Parteien treten; sie bilden eine geschlossene, höchst vornehme Kastei, so daß der vom Vorsitzenden des Reichsgerichts betonte Ausdruck „exklusiv“ sehr am Platze ist. Steward ist wirklich Barrister und das besagt für seine soziale Stellung sehr viel, für seine Bildungssphäre — weniger. Ein Barrister zu werden, sind Examina abzulegen, denen eine rein theoretische, aber, wie alleinig angegeben wird, höchst mangelhafte Ausbildung vorangeht. So ist es zu verstehen, daß Richter Steward sich sehr verwundert, als ihm der Vorsitzende des Reichsgerichts vorhielt, in Deutschland müsse jedes Kind, das die Handelsschiffe im Kriegsfall auch für Kriegszwecke benutzt werden können. So ist es auch zu verstehen, daß dieser Gentlemanipion 30 bis 40 deutliche Worte für vollständig ausreichend zu seiner sprachlichen Ausbildung hält. Jedenfalls wird jeder Kenner der Verhältnisse bestätigen, daß Solicitors im allgemeinen bessere Rechtskenntnisse besitzen als die Barristers, wie denn auch nicht zu leugnen ist, daß die Examina der Solicitors sehr schwer sind. Der Barrister empfangt in seine eigentliche Ausbildung erst in seiner Praxis. Hier ist aber zu beachten, daß die Tätigkeit des Barristers in seinem Bureau wesentlich begünstigt ist, verleiht ihm die Tätigkeit, die ein deutscher Professor bei der Abfassung von Rechtsentscheidungen entfaltet. Im Gerichtssaal hat der Barrister lebhaft zu plädieren. Das Material sammelt stets der Solicitor. Daraus ergibt sich: Der Barrister steht keineswegs so im praktischen Leben wie der deutsche Rechtsanwalt. Bei dem Mangel der Schulung, bei dem Mangel auch an geschicktem Recht kann nicht der Barrister seine Kenntnis von Fall zu Fall. Und hierbei macht sich wiederum eine englische Eigentümlichkeit geltend, der Grundriß der Arbeitsteilung, oder besser gesagt, Arbeitsspezialisation. Der Barrister wählt sein Gebiet, das er bearbeitet, er wird so stets mehr oder weniger Spezialist. Und er überarbeitet sich selten. Mr. Steward gelang, daß er neben seiner Anwaltschaft drei bis vier Stunden täglich Muße hatte, um sich mit militärischen Dingen zu beschäftigen. Dies dürfte einem einigermaßen beschäftigten deutschen Anwalt nicht möglich sein. Dagegen ist die „Enklopfung“ des Barristers außerordentlich hoch. Der Angeklagte Steward erklärte, er verdiene „nur“ 40000 Mk. jährlich, das sei sein sehr hohes Einkommen für einen Rechtsanwalt. Herr Steward hat recht. Die viergerhundert hohen Richtergehälter Englands sind oft gering im Verhältnis zu den Einnahmen der Barristers.

Der Angeklagte Bertrand Steward ist, wie noch besonders hervorgehoben werden muß, Rechtsanwalt am höchsten Gerichtshofe in England. Es ist dies der Supreme Court of Judicature. Dieser Gerichtshof zerfällt in zwei Abteilungen, dem sog. High Court und dem Court of Appeal. Der High Court seinerseits zerfällt wiederum in drei Abteilungen. Es unterliegen ihm in der Provinz eine Reihe sogenannter District Magistrates. Er besitzt eine Zuständigkeit erster und höherer Instanz und ist da ein Gericht Englands für alle höheren Streitwerte und außerdem auch das Konkursgericht für London. In zweiter Instanz ist der High Court zuständig in Zivilsachen für die Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der Landgerichte (County Courts). In Strafsachen geben die Rechtsmittel gegen die Urteile der Quarter Sessions und Courts of Assize ebenfalls an den High Court. Ueber dem High Court als Berufungsinstanz steht

Senat in einer Besetzung von zwei oder drei Mitgliedern über die Rechtsmittel, die gegen die Entscheidungen des High Court eingelegt sind. Und über dem Court of Appeal liegt dann in letzter Linie das House of Lords. Sämtliche Richter des Supreme Courts und des House of Lords bilden eine besondere Klasse als die hohen Richter, die sich scheiden von den niederen Richtern den County Court Judges unterscheiden und dem - Barrikettstand entnommen werden. Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn man den Herrn Rechtsanwält Steward zur „Blüte der Nation“ rechnet, was ihn aber als Spion für eine andere Nation in einem besonders bedeutenden Licht erscheinen läßt.

Deutsches Reich.

Die Prüfung der Wahlprotokolle durch den Reichstag.

Köln, 3. Febr. In leitender Stelle veröffentlicht die „Köln. Ztg.“ einen anscheinend aus Berlin inspirierten Artikel, der sich gegen die Prüfung der Wahlprotokolle durch den Reichstag wendet. Diese Art der Prüfung, die im Anfang hohen, solange Parteien noch nicht ihren Einfluß geltend machen, aber Artikel führt dann fort, sei zu verwerfen, daß gegen jede Verletzung des Rechtes des Reichstages Front gemacht wird. Anders läge die Sache, wenn der Reichstag selbst durch Schaffung eines Gesezes einer anderen Stelle die Rechtsprechung übertragen würde. Bemerkenswert sei der Vorwurf, die Wahlprüfungen als vor der gegebenen Instanz, dem Reichsgericht, zu übertragen, das von der Parteien Sach und Kunst unbeeinträchtigt sei, oder einen besonderen Gerichtshof für diese Prüfungen zu schaffen. Für den Reichstagen Landtag läme das Oberverwaltungsgericht in Frage. Selbstverständlich müßten nach Abschließung des Urteils die Akten dem Reichstage zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt werden und der Reichstag müßte dann wie bisher über alle Fälle die für die öffentliche Bekämpfung geeignet wären, in die Diskussion eintreten können.

Der Wdel im Reichstag.

Auffällig ist der Rückgang des Wdel im neuen Reichstag. Es hat Zeiten gegeben, wo der Wdel fast die Hälfte der Volkvertretung ausmachte. Beispielsweise sahen im Reichstage, der 1878, nach den beiden Attentaten auf Kaiser Wilhelm I., gewählt wurde, 162 Wdelige. Seitdem ging der Wdel ständig zurück, doch blieb es in den beiden letzten Reichstagen bei einem Verhältniß von fünf oder sechs Wdeligen. Diesmal ist der Rückgang auf 15 angewachsen. Es sitzen 57 Wdelige im Reichstage von 1912, gegen 72 im Parlament von 1907. Von den 57 entfallen fünf auf die Linke, je zwei Nationalliberalen und Fortschrittler, ein Sozialdemokrat, und 47 auf die Rechte, 22 Deutschkonservative, 5 Reichsparteiler, 11 vom Zentrum, 9 Polen. Dazu kommen noch 3 Wdelen und 2 Wdelen vom Wdel. Die Linke hat zwei Wdelige weniger, die Rechte ebenfalls weit weniger, das Zentrum nach wie vor 11, die beiden konservativen Gruppen 14 weniger, die Wdelen dagegen zwei mehr. In der 12. Legislaturperiode machten die Wdeligen reichlich 18 Proz. aus, in der dreizehnten 14,4 Proz.

Ueber 8 Milliarden Sendungen.

8,4 Milliarden Sendungen befördert die Reichspost nach ihrer letzten erschienenen Verkehrsstatistik jetzt jährlich; davon entfallen auf den eigentlichen Briefverkehr 5,8 Milliarden, auf die Zeitungsnummern und außer-gewöhnlichen Zeitungsendungen 2 Milliarden, auf die Pakete und Wertsendungen 271 Millionen Stück. Der Gesamtbeitrag der Wertangaben sowie der Postbankverkehr (Postanweisungen, Postaufträge, Postnahmen, Zahlkarten, Zahlungsanweisungen) umfaßte nahezu 42 Milliarden Mark. Die Zahl der beförderten Telegramme betrug 55,8 Millionen, die Zahl der vermittelten Gespräche 1664 Millionen. 34 600 Postanstalten, 35 400 Telegraphenanstalten, 30 000 Fernsprechanstalten und 907 770 Fernsprechtischbedienten der Bewältigung dieses Verkehrs. Das eigentliche Beamtenpersonal umfaßte 208 800 Köpfe, darunter befanden sich 19 440 weibliche Personen und 124 000 Unterbeamte. Außerdem waren noch insgesamt 60 000 Beamte und Beamtinnen im Nebenamt (Vollagenten und Hilfsstelleninhaber) und außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personen (Telegraphenarbeiter, Ausseher und jugendliche Telegrammbeförderer) beschäftigt. Die neue Reichspoststatistik bringt erstmalig auch Angaben über die Zahl der telegraphischen Postwertzeichen an Poststationen (567), über die im Postbetriebe verwandten Stempel, Scheine und Rechengebäude (8925), über die Gesamtzahl der Briefkästen und Unterbretter (2411), über die Zahl der Postfahrzeuge und Motorräder (7728), über die Zahl der im letzten Jahre ausgegebenen Postwertzeichen (28 900) und Postkarten (21 500). Postbriefkasten waren nicht weniger als 128 470 im Reichspostgebiet vorhanden. An Postmännern wurden 4615 Millionen Entgelt im Gesamtsumme von 431 Millionen Mark. Die Zahl der unbestellbaren Postsendungen betrug 2 Millionen. Im Vergleich mit den übrigen Ländern Europas nimmt die deutsche Post (wobei Bayern und Württemberg mit eingerechnet sind) mit 9,9 Milliarden beförderter Postsendungen bei weitem die erste Stelle ein. Nach Deutschland folgen Großbritannien mit 5,8 Milliarden, Frankreich mit 4 Milliarden, Oesterreich mit 3,5 Milliarden, die Schweiz mit 3,1 Milliarden und Rußland mit 1,8 Milliarden Sendungen. Im Telegrammverkehr wird Deutschland mit rund 59 Millionen beförderter Telegramme in Europa von Großbritannien (92 Millionen Telegramme) übertraffen, Frankreich hat 62 Millionen Telegramme und Italien nur 18 Millionen aufzuweisen. Im Fernsprecheverkehre wird Deutschland mit über 1 Million Beamtenstellen, 30 000 Anstalten und 907 770 Tischbedienten und 1800 000 000 Gesprächen an sich annähernd von einem anderen Lande der Alten Welt erreicht.

Bevorstehende Rundgebungen Pius X.

Das reformatorische „20. Jahrhundert“, das Organ des religiösen Katholizismus in Deutschland, bringt in seiner letzten Nummer interessante Mitteilungen über früher eingetragene und bevorstehende vatikanische Rundgebungen, denen die „M. N.“ nachsehen entnehmen: Für das Jahr 1912 plant der Papst die Festlegung des Orierisches, eine weitere Rundgebung betrifft ein vorgeschommenes Kapitel aus der Konstitution des kanonischen Rechts, näm-

lich das Kapitel über Lebenswandel und Sitten der Geistlichen. Wenn es dem Papst gelingt, seine Lieblingsgebanten in diesem Punkt durchzusetzen, so wäre die zu erwartende Rundgebung eine der einschneidendsten, die in der Gegenwart erfolgt sind. Pius X. denkt ja, an die strenge Beobachtung der Vorschriften des heiligen Gewandes, des Vitia sa u s e r e b e t e s für die Geistlichen, eine Lieblingsidee von ihm ist ferner ein Annehmenleben aller ortsanwesigen Geistlichen unter Aufsicht jeder Bischofsstift. Eine weitere Mitteilung des „20. Jahrhunderts“ wirft ein großes Licht auf die fast ungläubliche Unkenntnis deutscher Verhältnisse und auf die Annahme, die bei der Kurie herrschen. Danach erging in der ersten Zeit der Amtstätigkeit des Nuntius Frühwirth in München, also ungefähr im Dezember 1907, eines schönen Tages von Rom die telegraphische Order, die Theologieprofessoren Knipfler, Schuiger und Göttsberger in München, Werke und Rieß in Würzburg seien sofort abzurufen. Und zwar erging diese Order keineswegs an die Nuntiaten, sondern - man kann! - an das Ministerium des Auswärtigen, Sünden von Herrn v. Sebentis, die die Kurie, den Grafen des Herrn v. Sebentis über die Wobus päpstlicher Willensäußerung denken. Das Kultusministerium, das sofort ins Vertrauen gezogen wurde, mußte keinen anderen Rat, als den Nuntius zu veranlassen, daß er in Rom in wirksamer Weise bedeute, wie überhaupt die umgehende Ausführung des päpstlichen Befehles sei. Diese Untätigkeit ist charakteristisch für die diplomatische Umficht und die Vertrautheit mit deutschen Verhältnissen, die unter Pius X. sich Jahr um Jahr betätigte und von der nichts überzagen kann.

Milde Beurteilung.

Die wissenschaftliche Kommission für die Bearbeitung des neuen Strafgesetzbuches hat zu ihren Beratungen über die künftigen Bestimmungen über die Spionage unlangt auch Offiziere des Generalstabes, des Kriegsministeriums, des Reichsmarineamtes und des Admiralstabes, sowie höhere Beamte der Militär- und Marineverwaltung hinzugezogen. Den von militärischer Seite vielfach geäußerten Wunsch, ganz generell für Spionage nur Zuchthausstrafe, für daterlandvererräterische Deutsche in erschwerenden Fällen die Todesstrafe festzusetzen, hat die Kommission gemeint, nicht erfüllen zu können. Sie hat sich vielmehr - wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ hört - darauf beschränkt, die Unmittelmittel, wonach der Versuch der Spionage strenger bestraft werden kann als die vollendete Spionage, zu beseitigen und das für Spione festgesetzte Strafmaß durchweg etwas zu erhöhen. In militärischen Kreisen hofft man, daß mit dieser vorläufigen Entscheidung noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Reichstagsabgeordnete der bürgerlichen Parteien haben sich verschiedentlich bereits erklärt, jeder, auch einer drakonischen Verzärzung der Spionageparagrafen zugunommen.

Gescheiterte Ausgleichsverhandlungen.

Aus Prag wird telegraphiert: Die deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen sind wieder einmal gescheitert. Nun sucht man nach einer Formel, um auf diese Weise den gereizten Jaden wieder anzunähern.

Offiziere als Fluggesührer.

Auf dem Fluggelände in Johannisthal sind 30 dorthin kommandierte Offiziere eingetroffen, um bei verschiedenen Firmen als Fluggesührer ausgebildet zu werden.

Hauptmann Zug.

Aus Paris wird gemeldet: Der kürzlich aus der Festung Ghaz geflohene Hauptmann Zug ist nach Marokko verkehrt worden. Er wird sich in den nächsten Tagen dorthin begeben.

Konspirationen.

M. p. Im Verfolge der bekannten Vorgänge und der Zeitungspolemik, die sich an den Eintritt des Staatssekretärs v. Lindemann geknüpft hat, ist - wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ hört - ganz kürzlich seitens des Herrn Reichsanwaltes ein Erlaß an sämtliche im nachgeordnete Reichsbehörden erfolgt, wonach allen Beamten empfohlen worden ist, im Verkehr mit öffentlichen Personen und in der Ausübung mit ihnen die größte Zurückhaltung zu wahren.

Den begleitenden Umständen und der Auffassung in Beamtenkreisen nach richtet sich dieser Erlaß hauptsächlich gegen die Vertreter der Presse, die in den letzten Jahren immer mehr von der Ausführeinholung in der Pressestellung des Auswärtigen Amtes abgehommen sind und mit Erfolg vielfach andere, direkte Verbindungen in den einzelnen Reichsämtern angeknüpft hatten.

Parlamentarisches.

Aus dem Abgeordnetenverlein.

L. Berlin, 3. Februar. Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenverleines hat folgende Mitglieder in die hiesigen Kommissionen ernannt: Gesellschaftsordnungs-Kommission: Dr. v. Campe, Matris (Vorsitzender); Petitionskommission: Kaufmann, Lieber, Dr. Lohmann, vom Rath; Agrarkommission: Engelsmann (Stellv. Vorsitzender), Wollermann; Gemeindefiskal-Kommission: Dr. Seumer, Gulon, Dr. Schroeder-Kassel; Justizkommission: Dr. Gottschalk-Söllingen, Joermann; Gemeindefiskal-Kommission: Dr. Dumath, Joermann (Vorsitzender); Unterrichts-Kommission: Dr. Sodenberg, Dr. Dingmann, Dr. v. Spendenhoff; Budget-Kommission: Dr. Friedberg, D. Hadenberg, Schmelting; Rechnungsfiskal-Kommission: Schmalz (Stellv. Vorsitzender); Wahlprüfungskommission: Dr. Gottschalk-Söllingen, Dingmann.

Aus den Kolonien.

Zinner aus Deutsch-Südwestafrika. Mit dem Dampfer der Wörmannlinie, „Babenia“, der Ende Dezember Southampton verlassen hat, sind wiederum als Ergebnis von Schürfarbeiten des Kinenjindistats im bergreichen Gebiete der deutschen Kolonialgesellschaft 8400 Kilogramm Zinner, die mit 17 000 M. verfrachtet wurden, verschifft worden. Durch Schürfungen, an denen außer dem Kinenjindistat und der Otavi Exploring Company und der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika u. a. eine ganze Reihe am Ertragsgebiete stehender Farmer sich eifrig beteiligt haben, ist das Zinnervorkommen nach vielumantiger Arbeit in einer sehr großen Ausdehnung fest-

gestellt worden. Es bestehen aber noch Zweifel an einer Reichhaltigkeit, und daher ist es auch bisher noch an keinem Punkte zu einem wirklichen Abbau gekommen. Bei der sehr großen Ausdehnung und nordwestlich über Otambatse bis zu den Grangebirgen des Kaafobes bildenden Brandberge hin - ist aber wohl die Hoffnung gegeben, daß an einigen Punkten ein lohnender Bergbau auf Zinn wird getrieben werden können. Englische Gesellschaften in Südafrika interessieren sich zurzeit sehr lebhaft für dieses Zinnervorkommen in der deutschen Kolonie.

Heer und Flotte.

Neue Aufstellungsordnung.

Die im Kriegsministerium seit einiger Zeit laufende Kommission zur Bereinigung des Gefächsbetriebs innerlich der Heeresverwaltung hat sich auch mit den bisher alle zwei Jahre stattfindenden Musterungen der Truppen zu beschäftigen gehabt. Als Ergebnis liegt eine neue Aufstellungsordnung für die Truppen vor, die schon ausgegeben worden ist. Diese Aufstellungen wurden bisher in einer übermäßig bedeutungsvollen Weise betrieben und waren nicht selten der Schaden der Gewehrstände; bis zum letzten Schußnagel wurden alle dem Soldaten gebührenden Sachen wie in einer Warenauktion ausgebreitet, was den Musterungen den Spitznamen „Ampenparade“ einbrachte. Die neue Vorschrift befreit in vieler Hinsicht, daß bei der Frontmusterung ein gleichzeitiger Aufbau vieler verschiedener Gegenstände vermieden werden muß, auch werden die Truppen teils fortan regelmäßig nur jedes dritte Jahr gemustert. Bei diesen Musterungen soll geprüft werden der Bekleidungs- und Ausrüstungszustand unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsbereitschaft und der Neubeschaffungen seit der letzten Musterung, ferner die Lebensverhältnisse der Bekandten an Bekleidungs- und Ausrüstungsständen mit den einschlägigen Nachweis, die regelmäßige Auffrischung dieser Güter und ihre zweckmäßige Lagerung, endlich die Verwendung und Verwertung der für Bekleidungs- und Ausrüstungszwecke gewählten Geldmittel. Wenn die Frontmusterung in Aussicht steht, sind der geplante Kampagnequell an, die von ihm verwalteten Bekandte anzuführen, um möglichst gut auszubilden. Fortan dürfen die Truppenteile aus Anlaß der Musterung keine außerordentlichen Verbesserungen an den Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen vornehmen, insbesondere ist die Erneuerung der farbigen Bekandten an den Waffenröcken usw. verboten. Dieses Verbot wird besonders von den Romagnen u. m. G. freudig begrüßt werden. Die Hauptaufgabe der Musterungskommission besteht darin, festzustellen, ob der Truppenbestand und die von ihm auszustellenden Formationen hinsichtlich der Bekleidung und Ausrüstung kriegsbereit sind. Die neue Aufstellungsordnung ist nicht durch bürokratische Engstirnigkeit beeinflusst und getrieben den Musterungskommissionen die freieste Bewegung, so daß es an ihnen sein wird, von der mitunter geliebten, ebenso willigen wie nutzlosen Pedanterie und Kleinigkeitstümelei abzugeben.

Die Schulkreuzer der Heimreise. Die 4 Schulkreuzer unserer Marine, die während der Wintermonate in den Gewässern der schamerikanischen Küste verkehrt haben, sind jetzt meistens auf der Heimreise. „Victoria Louise“ die am 30. Dezember den Hafen von St. Thomas verließ, ist bereits am 13. Januar in Los Palmas auf den Kanarischen Inseln angekommen und wird vermutlich zuerst die Heimat wieder erreichen. „Santia“ erreichte am 4. Januar die Bermudas-Inseln und ging inzwischen von dort weiter, während am 21. Januar die „Hertha“ die von den deutschen Schiffen nachlaufende Inselegruppe erreichte. Der Schulkreuzer „Mineta“ lief am 11. Januar in St. Thomas ein und verließ diesen Hafen am 16. wieder, um ebenfalls die Heimreise über den Ozean anzutreten. Es ist bisher noch niemand vorgekommen, daß alle 4 Schulkreuzer in den Wintermonaten an den amerikanischen Küsten kreuzten. Dieser Umstand wurde durch das Auftreten der Cholera in verschiedenen Mittelmeerhäfen verursacht, denn die Marine hielt es nicht für zweckmäßig, die Schulkreuzer der Gefahr einer Ansteckung auszuweisen. In den ersten Tagen des März werden die Schiffe wieder in Kiel eintreffen. An Bord der „Victoria Louise“ und „Santia“ findet ein Sommerdenkmal statt. Alle 4 Schiffe stellten zugleich nach ihrer Heimreise von neuem aus, da sie ein weiteres Jahr in Dienst gehalten werden sollen. Im Sommer werden sie einige Wochen in heimischen Gewässern kreuzen und dann im Juli von neuem ins Ausland gehen.

Bot- und Personennachrichten.

Der Kaiser mußte Freitag am letzten Indisposition wegen einer Leiharre an der Aufführung des itzerbianischen Scherkespiels „In re pastore“, die der „Kerlin für die Gedächtnis Berlins“ im Theateraal der Wallhofstraße veranstaltete, absehen. - Unter den Gästen des Vereines bemerkte man Prinz August Wilhelm, den Herzog und die Herzogin Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Generalmarschall v. d. Golz, Minister v. Studt, die Generale v. Bülow, v. Wahn und v. Chelius und Professor Barnack. - Wie verlautet, begibt sich der Kaiser zum Ablauf des Dreabnoughtspaners „Prinzregent Luitpold“ am 17. Februar nach Kiel. - Graf Jepsell hat Freitag in Berlin den Württembergischen Abend im Landwehrpflasterfirafo besucht und mehrere Stunden in der zahlreichen Korona seiner württembergischen Landesleute verbracht.

Der Untergang des englischen Unterseeboots „A 3“.

Die englische Marine ist von einer schweren Katastrophe betroffen worden. Das Unterseeboot „A 3“ wurde, wie bereits gemeldet, von einem Torpedoboot gerammt und samt mit der gesamten Besatzung auf Grund. Ueber das Unglück liegt folgender Londoner Bericht vor: Das Unglücksboot, das zur Vortrommther Tauchbootflotte gehört, war Freitag morgen mit 6 anderen Fahrzeugen dieser Klasse und dem „Sagard“ von Portsmouth abgegangen, um Mandar auszuführen. Gegen Mittag lief es mit dem „Sagard“ zusammen und erhielt ein gewaltiges Loch an der Seite. Es war zur Zeit der Kollision halb unter Wasser und sank in wenigen Minuten auf den Grund. Von den übrigen Schiffen aus sah man mit Schrecken, daß große Luftmassen aus dem Meere über dem gesunkenen Boot aufstiegen, ein Zeichen, daß das Wasser in das Boot eingedrungen sein mußte. Man geht deshalb von Anfang an keinerlei Hoffnung für die darin eingeschlossene Mannschaft, von der keine Spur zu sehen war. Das gewaltig eindringende Wasser hat den Unglücklichen zweifellos einen schnellen Tod in dem unentrinnbaren

In Weinhaus Broskowski

Delikate Imbissplatten, warm und kalt zu ganz kleinen Preisen.
 Ferner: prachtvolle Natives-Aus, ern,
 Hellgrauer, perlender Malossol-Kaviar, Helgoländer Hummer,
 Grosse Auswahl feiner Saisongerichte, auch in halben Portionen.
1-3 Uhr: Diner, apartes feines Menü.

Gefängnis bereitet. Wie aus Portsmouth gemeldet wird, sollen sich

hehrerlei Rettungsapparate

an Bord des „A 3“ befunden haben, insbesondere soll es keine Rettungsnetze gefehlt haben. Das Torpedoboot „Sagard“ landete sofort drakische Hilfskräfte aus. Der zur Teilnahme am Empfang des Königs nach Portsmouth gehende Kreuzer „Albatros“ hing ein solches Rettungsnetz auf und dampfte schleunigt zur Unfallstelle. Später trafen dort weitere Kriegsschiffe und Schiffe ein, und der Hochkommandierende von Portsmouth begab sich auf einem Kriegsschiffe dorthin, um die Rettungsarbeiten zu leiten. Es herrscht Verwirrung mit gelegentlichen Schmelzungen, was die Suche nach dem Wrack erschwert. — Die Katastrophe wird einen weiteren Schatten auf das bereits durch den Tod des Herzogs von Fife geträubte Heimkommen des englischen Königs werfen.

Das Boot „A 3“

gehörte zum ältesten Typ der britischen Unterseeboote; es verdrängte 204 Tonnen und war 1903 vom Stapel gelaufen. Seine Bewaffnung bestand aus 2 Torpedorohren. Sein Schwertschiff „A 1“ wurde 1904 bei der jehigen Unfallstelle vom Passagierdampfer „Bewick Castle“ mit 11 Mann in den Grund geholt.

Aus der Unglückschronik der Unterseeboote

fährt der „A 3“ folgende Unfälle an:
 In der langen Reihe von Unfällen, die die Unterseeboote in den wenigen Jahren ihrer Entwicklung bereits zu verzeichnen haben, steht die englische Flotte obenan. Im Hafen von Portsmouth ging am 18. März 1904 „A 1“ mit 11 Mann unter, ferner sanken bei Plymouth am 8. Juni 1905 „A 8“ mit 14 Mann und am 14. Juli 1909 „O 11“ mit 13 Mann. Die französische Unterseebootsflotte hat ebenfalls eine Reihe von Verlusten zu verzeichnen: Im Juli 1905 ging bei Biscaya der „Fasade“ mit 13 Seeleuten und ein Jahr später an der gleichen Stelle der „Lutin“ mit 18 Mann unter. Sehr schwer war das Unglück des „Anvoise“, der am 26. Mai 1910 vor Cherbourg sank. 26 Mann verloren dabei das Leben. Die russische Flotte hat 2 Boote mit 26 Mann eingebüßt, die italienische und die japanische Flotte je ein Unterseeboot. Der einzige schwerere Unfall, von dem die deutsche Tauchbootflotte bisher betroffen wurde, war der Untergang des „U 3“ vor Kiel am 17. Januar 1911. Damals blühten der Kommandant, ein Leutnant und ein Matrose ihr Leben ein; 27 Mann konnten lebend aus dem Boote gerettet werden.

London, 3. Febr. Es wird gemeldet, daß man jetzt die Lage des Unterseebootes ermittelt hat. Die Rettungsarbeiten müssen für gestern eingestellt werden. Das Unterseeboot gehörte zum ältesten Typ der englischen Unterseeboote.

H.T.B. London, 3. Febr. An der Unfallstelle, wo das Unterseeboot „A 3“ gesunken ist, befinden sich mehrere Kriegsschiffe und Dampfer, welche versuchen, das Schiff zu heben. Die Rettungsarbeiten werden durch das andauernde Schneegestöber beeinträchtigt und erschwert. Man beirachtet die Befragung bereits als verloren. Der Befehlshaber befindet sich auf „Albatros“, während das Unglück mit seinem Schiff stattfand.

Ausland.

Home-Bill für Irland.

Aus London wird gemeldet: In knapp vierzehn Tagen tritt das englische Parlament zusammen und eine der Hauptaufgaben ist Home-Bill, die Selbstverwaltung für Irland, ein Problem, das schon längst gelöst wäre, wenn es nicht als ein Parteienappell mißbraucht worden wäre. Wie die englische Regierung jetzt darüber denkt, und wie sie sich in einzelnen zu

den Fragen des Problems stellen wird, kann man aus den „Times“ entnehmen, die feststellen, daß man ein besonderes irisches Schicksal einrichten werde, dem die eingeflochtenen Fäden ausgeht werden. In dieser Hauptfrage wird von der Regierung zweifellos auch ein Mittelweg gesucht und eingeschlagen werden, und zwar wie gute Kenner der Verhältnisse annehmen, in der Weise etwa, daß das irische Parlament die Höhe der Fäden festsetzt, das Reichsparlament aber die Artikel bestimmt, die befreit werden. Trotz aller Verschiedenheiten, die weiter noch in diesen beiden Homerule-entwürfen festgelegt werden können, ist ersichtlich, daß von den verständigeren Elementen der beiden Parteien ein Mittelweg gesucht und sicher gefunden werden wird.

Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen Boris.

In Sofia fand die feierliche Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen Boris statt.

Das Sofia wird dazu berichtet:
 Die Festlichkeiten begannen mit einem Festhochamt in der Kathedrale, welchem die königliche Familie, die fremden Botschaften und Missionen, das diplomatische Korps, die Minister und die Spitzen der Behörden beiwohnten. Sodann leistete der Thronfolger Boris im Hofe der Jungferntürme das Gelübde, wonach ihm König Ferdinand eigenhändig das Koffer des April-Method-Ordens umhängte. Nach der Truppenparade, welche Boris anführte, fand Gratulationsempfang der fremden Prinzen und Missionen statt, abends folgten ein Galahochdiner und Empfang. Die Großjährigkeit des Thronfolgers wurde durch ein Manifest bekannt gemacht.

Giolitti erkrankt.

Die Pariser Zeitung „clair“ meldet aus Rom:
 Giolitti muß seit 2 Tagen das Bett hüten, da er an einem Anfall von Grippe, verbunden mit Magenbeschwerden, leidet. Sein Unwohlsein scheint jedoch einen ungefährlichen Charakter zu besitzen. Von gewisser Seite wird aber vermutet, daß die Erkrankung des Rabinetchefs sich längere Zeit hinziehen dürfte, wodurch Giolitti verhinert würde, seine Politik nach dem Wiedereintritt der Kammer vor dem Haupte zu verteidigen. Es wird hinzugefügt, daß die Kammer eventuell keine Majorität finden könnte, wie zur Annexion von Tripolis und der Cyrenaika zu reaktivieren, was zur Folge hätte, daß eine Kabinetskrise eintreten würde.

Der Kriegsminister Millerand

Wird dem Parlament einen einheitlichen Gesetzentwurf für das gesamte Aufschiffwesen zugehen lassen. Darin werden außer einer Kreditforderung von 23 Mill. Fr. andere Forderungen enthalten sein, die sich u. a. beziehen auf die Bildung eines Aufschiffregiments, die den Kriegsschiffen zu gewährenden Vergütungen und die Errichtung provisorischer Aufschiffhöfen. Ein provisorischer Aufschiffhof soll in Verbund errichtet werden, wo vom 15. März ab Fänge unternommen werden sollen. — Für das Kriegsdepartement wird die Schaffung mehrerer Chemiefabriken angefordert. Um die Kontrolle über die Fabrikation des für die Marine bestimmten Schießpulvers zu sichern, haben Millerand und Delcassé beschlossen, daß der leitende Ingenieur des Zentrallaboratoriums der Marine dem Kriegsminister unterstellt und der nach dem Unglück der „Lerin“ einrichteten Pulverkommission ein Ingenieur des Marinegeniecorps beigegeben werden soll.

Erbprinz Manuels Heiratspläne.

In Wiener aristokratischen Kreisen meint man, die englische Werbung, der Herzog von Braganza habe in Dover mit Erbprinz Manuël vereinbart, daß dieser eine Tochter des Bräutigams heirate. Klingt nicht unwahrscheinlich. Es handle sich wahrscheinlich um die achtzehnjährige Prinzessin Elisabeth aus der zweiten

morgen sonntag
 Ehe des Herzogs mit der Prinzessin Doemenstein-Berthelme-Rosenberg. Erbprinz Manuël und Dom Miguel haben sich bekanntlich schon vor Monaten dahin verständigt, die Macht des künftigen Königs nach einem Sieg der royalistischen Truppen den Cortes zu überlassen.

Weitere italienische Mobilmachungen.

Wien, 3. Febr. Aus Rom wird der „Reichspost“ von authentischer Seite gemeldet, daß alle Angehörigen des Jahrganges 1874 den Einberufungsbefehl erhalten haben. Das genannte Blatt erinnert daran, daß dies derselbe Jahrgang war, der im italienisch-abessinischen Kriege die größten Verluste erlitten hat.

Revolutionärer Sieg auf Arica.

Paris, 3. Febr. „Matin“ berichtet aus Canea: Bewaffnete Verbände durchziehen die Gassen und töten sowohl Christen wie Musulmanen. In vielen Ortschaften herrscht völlige Anarchie. Die revolutionäre Delegation, welche Donnerstag zum Parlament, hat einen Sieg zu verzeichnen. Sie hat die Regierung gezwungen, von jetzt ab den Titel einer revolutionären Regierung anzunehmen. Ferner ist die Regierung beauftragt worden, einen Ausschuss von 30 Mitgliedern zu bestimmen, welcher permanent in Canea tagen wird, um die notwendigen Maßnahmen zur Ausdehnung des geschaffenen Wertes und zur Stärkung der revolutionären Regierung zu schaffen.

Die Entscheidung in China.

Dem Pariser „Newport Herald“ wird aus Peking gemeldet:

Ueber die Abdankung des Thrones und die Ausrichtung der Republik ist zwischen der Kaiserfamilie und der regierenden Familie und dem Kabinete eine Einigung erzielt, die aus 13 Artikeln besteht. Der erste Artikel spricht den Verzicht des Thrones aus auf alle politische und Regierungsgewalt, hebt jedoch hervor, daß die Abdankung nicht erzwungen (1) ist, wie es am Ende der früheren Dynastien der Fall war. Die übrigen Artikel beziehen sich auf die innere Organisation der kaiserlichen Familie und die Vorrechte, die den Enkthronen eingeräumt werden sollen.

London, 3. Febr. „Daily Telegraph“ berichtet aus Peking: Die Abdankungserklärung ist gestern unterzeichnet worden. Man geht aber sehr, wenn man die Abdankung der Dynastie auf europäische Verhältnisse übertragen würde. Der Kaiser von China erklärt sich nur bereit, seine politischen Rechte abzutreten und widerlegt sich nicht der Einführung der Republik, während er das Vortrecht eines Oberhauptes der Kirche für sich in Anspruch nimmt.

Internationale Konferenz.

Präsident Taft beabsichtigt, die fremden Regierungen zu einer internationalen Konferenz über die Kosten der Lebenshaltung einzuladen.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Habel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weinger; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Neudtweiger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Gendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. —

Bestellen Sie in der Apotheke für 60 A. In „Mittler'scher Apotheke“ Erlangen. Erläuterung bei Jahrschreibern. Nur echt mit dem Namenszug *M. B. H. H. H.*

Weiss-schwarze Woche!

10%

Rabatt

trotz unserer anerkannt billigen Preise auf die bekannt gegebenen Artikel.

Für den Bedarf zur
Konfirmation
 und für
Braut-Ausstattungen
 bietet sich eine selten
günstige Gelegenheit.

Ausserdem kommen in sämtlichen Abteilungen grosse Posten preiswert zum Verkauf.

10%

Rabatt

trotz unserer anerkannt billigen Preise auf die bekannt gegebenen Artikel.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. S.,
 Marktplatz 2 u. 3.

